

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Endlich Klarheit über Waigels 15-Milliarden-Ding (Steuerfreistellung des Existenzminimums) fordert **Joachim Poß MdB**.

Seite 1

Für eine neue Kultur politischer Beteiligung von Arbeitnehmern in der SPD setzt sich der Bundessekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AJA) in der SPD **Walter Edenhofer** ein.

Seite 2

Die von der EU-Kommission geforderte Schließung von kleineren regionalen Schlachthöfen wirkt negativ auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum aus, warnt **Willi Görlich MdEP**.

Seite 4

49. Jahrgang / 212

7. November 1994

Hinters Licht geführt

Waigel muß sein 15-Milliarden-DM-Modell zum Existenzminimum jetzt unverzüglich vorlegen

Von **Joachim Poß MdB**

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die von Waigel selbst eingesetzte Kommission zur Steuerfreistellung des Existenzminimums hat dem Bundesfinanzminister eine deutliche Lehrstunde in Verfassungsrecht erteilt. Das von der Steuer freizustellende Existenzminimum beträgt nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts 13.000 DM und nicht, wie von Waigel immer wieder behauptet, 12.000 DM. Der Betrag von 13.000 DM ist auch exakt der Betrag, den die SPD für die Steuerfreistellung des Existenzminimums genannt hat (vgl. Presseerklärung von Oskar Lafontaine vom 12. August 1994). Insofern sieht sich die SPD durch das Expertengutachten bestätigt.

Bundesfinanzminister Waigel ist damit entlarvt, mit seinen Plänen unter die verfassungsrechtliche Meßlatte hindurchzuschlüpfen zu wollen. Das Gutachten stellt eine schallende Ohrfeige für den Bundesfinanzminister dar. Da Waigel fast ein Jahr lang gebetsmühlenartig immer wieder auf die Arbeit der Kommission verwiesen hat, kann er die verfassungsrechtliche Bewertung der Experten jetzt nicht einfach beiseite schieben. Waigel hat sich in eine aussichtslose Situation hineinmanövriert: Eine verfassungskonforme Steuerfreistellung des Existenzminimums ist bei Beibehaltung des Eingangsteuersatzes und ohne Verschärfung der Steuerprogression mit 15 Milliarden DM einfach nicht zu machen.

Bundesfinanzminister Waigel hat offensichtlich nicht nur die deutsche Öffentlichkeit vor der Bundestagswahl hinter das Licht geführt, er hat auch seinen Parteifreunden und dem Koalitionspartner nicht reinen Wein eingeschenkt. Offenbar wollte er dieses wichtige finanzpolitische Thema sogar aus den Koalitionsverhandlungen ausklammern, obwohl die Neuregelung einige Zeit vor dem 1. Januar 1996 im Gesetzblatt stehen muß, damit zum Beispiel neue Lohnsteuertabellen erstellt werden können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemmlinger Umwelt
mit recyceltem Rohstoff
aus 100% Papier



Die in dem Kommissionsgutachten vorgeschlagenen vielfältigen Einzelmaßnahmen zur Gegenfinanzierung müssen gründlich geprüft werden. Für die SPD ist jetzt schon klar, daß es seine einseitige Höherbelastung der Arbeitnehmer und Rentner nicht geben darf. Die SPD hat sich wiederholt gegen eine Streichung der Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, gegen eine Besteuerung von Strelkunterstützungen, Arbeitslosengeld, Krankengeld und sonstige Lohnersatzleistungen ausgesprochen. Dagegen entsprechen andere Finanzierungsvorschläge den langjährigen Vorschlägen der SPD, wie zum Beispiel die Streichung des "Dienstmädchen-Privilegs", die Rückgängigmachung der Spitzensteuersatzsenkung für gewerbliche Einkünfte, die Besteuerung von privaten Veräußerungsgewinnen sowie die Begrenzung der Steuervergünstigung für gewerbliche Veräußerungsgewinne.

Der Bundesfinanzminister muß jetzt endlich Farbe bekennen, ob seine Versprechungen vor der Bundestagswahl, es werde keine Steuererhöhungen geben, der Wahrheit entsprechen.

Ich fordere daher Bundesfinanzminister Waigel auf, unverzüglich sein 15-Milliarden-DM-Modell zu veröffentlichen und darzulegen, welche Finanzierungs- und sonstigen Steuererhöhungsmaßnahmen er vornehmen will.

(-7. November 1994/hgs/ks)

SPD und Arbeitnehmer **Für eine neue Kultur politischer Beteiligung**

Von Walter Edenhofer

Bundessekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) in der SPD

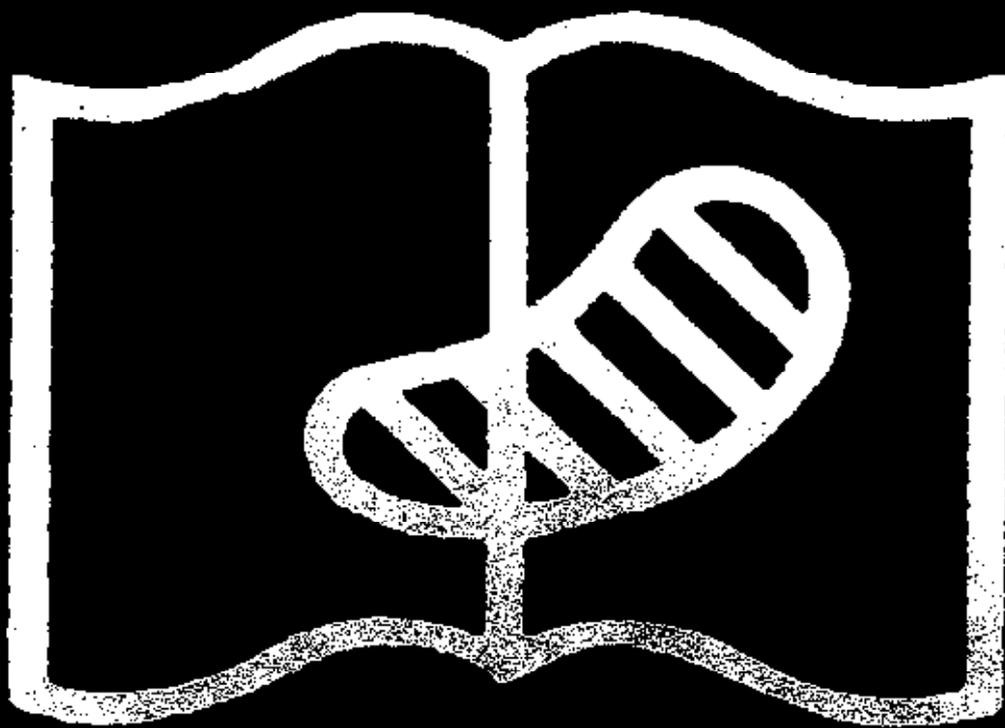
Auch wenn die SPD ihr Wahlziel, den politischen Wechsel in Deutschland herbeizuführen knapp verfehlt hat: Die Sozialdemokratie ist aus den Wahlen des 16. Oktober insgesamt gestärkt hervorgegangen. Das ist zum großen Teil ein persönlicher Erfolg von Rudolf Scharping, der in der Arbeitnehmerschaft neues Vertrauen für die SPD geschaffen hat: Durch eine klare Orientierung auf die zentralen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen im Regierungsprogramm der SPD wie auch durch die Konzentration politischer Aktivitäten auf den Arbeitnehmerbereich durch eine große Anzahl von Betriebs- und Personalrätekonferenzen, Branchenkonferenzen und Betriebsbesuchen. Nicht zuletzt dieser Strategie ist es zu verdanken, daß 61 Prozent der Wähler mit gewerkschaftlicher Bindung für die SPD gestimmt haben. Im Osten Deutschlands liegt die CDU bei der Gruppe der Arbeiter und Angestellten noch vor der SPD, wenn auch ihr Vorsprung bei den Arbeitern auf drei Prozent, bei den Angestellten auf ein Prozent zusammengeschmolzen ist.

Gleichwohl kann es weder in den alten, noch in den neuen Ländern Anlaß zur vollen Zufriedenheit geben. Es gilt, die Ursachen der regional sehr unterschiedlichen Wahlergebnisse zu untersuchen und aufzuarbeiten. Für die Diskussion um die Weiterentwicklung der Vertrauensarbeit der SPD im Arbeitnehmerbereich ergibt sich eine Reihe von Fragen: Welche politischen und gesellschaftlichen Initiativen sind notwendig, um das Profil der SPD als Partei der Arbeitnehmer und ihrer Interessen, vor allem im Osten Deutschlands, weiter zu stärken? Es bleibt dabei: Ohne die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann die SPD nicht regie-

ren. Ferner: Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die AfA und die Betriebsorganisation der SPD? Wenn es richtig ist, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zentrum der Partei stehen, dann darf das nicht nur in der Politik, sondern muß auch in der täglichen Arbeit der Partei seinen Ausdruck finden. Und: Wie sind die Beziehungen zu den Betriebsräten und Gewerkschaften und deren Verankerung in den Gremien der Partei und in den Parlamenten? Welche zusätzliche Integrationsangebote müssen vor allen in den großen Dienstleistungszentren für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht werden? Innerparteiliche Kungelrunden und Fraktionierungen, mit denen demokratische Mehrheitsentscheidungen präjudiziert werden, wirken auf Arbeitnehmer und ihre Vertreter eher abstoßend. Notwendig ist ein gewollter gesellschaftlicher Öffnungsprozeß mit der Möglichkeit echter politischer Beteiligung. Sozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschafter sind im Grunde überzeugt, daß neben betrieblicher und gewerkschaftlicher Aktivität auch politisches Engagement notwendig ist, um Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. Sie wollen dieses Engagement allerdings sinnvoll und ergebnisorientiert in die Partei einbringen. Als Zaungäste des politischen Geschehens sind sie nicht zu gewinnen.

Große Teile der deutschen Wirtschaft und auch der staatlichen Dienstleistungsunternehmen befinden sich in einer Phase tiefgreifender Strukturveränderungen mit erheblichen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Produktionsbedingungen und Arbeitsstrukturen. Der Globale Wettbewerb erfordert grundlegende Anpassungs- und Wandlungsprozesse in der Wirtschaft, daraus ergeben sich nicht nur neue Anforderungen an Unternehmen, Betriebsräte und Tarifparteien, sondern auch an die Politik. Mehr denn je ist die arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und strukturpolitische Kompetenz und Verantwortung der Politik gefordert. Um als Partei die wirtschaftlichen Veränderungsprozesse politisch verarbeiten zu können, muß die grundsätzliche Kooperations- und Beteiligungsbereitschaft gegenüber Betriebs- und Personalräten als wichtigste Merkmale zukunftsorientierter Zusammenarbeit vorausgesetzt werden. Dementsprechend sind Betriebs- und Personalräte schon auf der Ebene der Unterbezirke in den Beteiligungs- und Kommunikationsprozeß durch offene Formen der Parteiarbeit einzubeziehen, wie durch Gesprächskreise, Arbeitnehmerforen, Workshops, Begegnungszentren für Arbeitnehmer. Selbstverständlich sollte es sein, die betrieblichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse auf die Tagungsordnungen von Sitzungen und Konferenzen der SPD-Unterbezirke zu setzen, dafür Problembewußtsein in der Partei zu schaffen und Diskussionen um die Sicherung und Verbesserung der Arbeitssituation zu führen. Politik und reale Arbeitswelt müssen wieder stärker zusammengeführt werden. Das setzt voraus, daß in der SPD Gestaltungsräume für soziale Bewegung und Innovation geschaffen werden. Wichtigste politische Aufgabe ist es, Betriebs- und Personalräte bei der zukunftsweisenden Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, mit ihnen gemeinsam Lösungen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, für den Ausbau wirtschaftlicher Mitbestimmung, Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und für eine humane Gestaltung der Arbeitswelt zu erarbeiten. Das erfordert von manchen Gliederungen der Partei weitgehende Umorientierung, die ohne ein verändertes Selbstverständnis gegenüber den Interessen der Arbeitnehmer nicht erreichbar ist. Die SPD hat ihre gesellschaftlichen Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten noch keineswegs ausgeschöpft. Eine neue Kultur politischer Beteiligung, das setzt in erster Linie bei den Vorstellungen über die Beziehungen von SPD und Arbeitnehmerschaft an und muß sich daraus entwickeln. Das Regierungsprogramm der SPD bildet dafür die politische Grundlage.

(/7. November 1994/hgs/ks)



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15

Inhalt

Die Bundesregierung darf sich nicht länger um die Steuerfreistellung des Existenzminimums herumdrücken. Die Pläne müssen vor der Kanzlerwahl auf den Tisch, fordert **Ingrid Matthäus-Maler MdB**.

Seite 1

Vorsorge ist besser als Handeln wenn es zu spät ist. Das gilt auch beim Artenschutz, empfiehlt **Ulrike Mehl MdB**.

Seite 2

Was verbindet die Union und ihren Vorsitzenden mit dem notorischen Denunzianten und Rechtsaußen Kurt Ziesel, fragt **Horst Ehnke MdB**.

Seite 3

Die Bundesregierung muß ihre Entwicklungshilfe auch unter Einbeziehung der Interessen der bedrohten indigenen Bevölkerungen formulieren, fordert **Dr. Klaus Kübler MdB**.

Seite 4

Die Bonner Koalition ist Mäckerhaltung wichtiger als effektive Verbrechensbekämpfung, tadelt **Jochen Welt MdB**.

Seite 5

Wie zwei bekannte Presseorgane mit der Wahrheit umgehen deckt **Peter Paterna** auf.

Seite 6

49. Jahrgang / 213

8. November 1994

Die Kraft zum Regieren fehlt

Bundesregierung muß ihre Pläne zur Steuerfreistellung des Existenzminimums noch vor der Kanzlerwahl offenlegen

Von **Ingrid Matthäus-Maler MdB**

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, ihre Pläne zur Steuerfreistellung des Existenzminimums noch vor der Kanzlerwahl offenzulegen. Es ist unerträglich, daß diese zentrale Aufgabe der deutschen Steuer- und Finanzpolitik bei den Koalitionsverhandlungen bisher völlig ausgeklammert worden ist. Statt sich ständig Schaukämpfe um eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags zu liefern, sollten sich die Regierungsparteien endlich um die Steuerfreistellung des Existenzminimums kümmern, zumal das Gesetz schon im nächsten Jahr verabschiedet werden muß, damit es ab dem 1. Januar 1996 gelten kann. Bürger und Wirtschaft müssen wissen, welche Steuererhöhungen die Bundesregierung plant und mit welchen Steuerausfällen zu rechnen ist.

Nachdem die Bundesregierung ständig erklärt hatte, sie wolle zunächst das Gutachten der Expertenkommission abwarten und dieses nunmehr vorliegt, gibt es jetzt keinen Vorwand mehr, sich um diese Aufgabe weiter zu drücken. Die Taktik des Verschleierns und Ausklammerns dieser wesentlichen finanz- und steuerpolitischen Frage bei den Koalitionsverhandlungen zeigt, daß der zukünftigen Bundesregierung die Kraft zum wirklichen Regieren fehlt.

(-/B. November 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 18 01 87, 53037 Bonn.

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kommunaler Umweltschutz
mit wertvollem Rohstoff
Recyclingpapier



Kleinere und mittlere Schlachthöfe erhalten
Schließung von regionalen Schlachthöfen bedeutet mehr Tiertransporte

Von Willi Görlich MdEP

Die Unterscheidung zwischen kleinen Schlachtbetrieben und Großschlachtbetrieben sollte bei 2.000 Großvieheinheiten (GVE) jährlich liegen, im Gegensatz zum Richtlinienvorschlag der EU-Kommission, die die Grenze bei 1.000 GVE festlegen will. Dagegen ist der Kommissionsvorschlag, die Vermarktungseinschränkung für kleinere Schlachthöfe aufzuheben, zu begrüßen. Die Vermarktungseinschränkung für Fleisch von kleinen Schlachtbetrieben ist unverständlich. Das Fleisch aus diesen Schlachtstätten hat dem gleichen Hygienestandard zu genügen wie Fleisch aus Großschlachtstätten. Es spricht sogar vieles dafür, daß Fleisch von kleineren Schlachtbetrieben eine höhere Qualität aufweist, da dieses Fleisch in ein und demselben Betrieb von ausgebildeten Fachleuten geschlachtet und vermarktet wird und nur kurze Wege benötigt, um zum Verbraucher zu finden.

Schlachtbetriebe, die nicht deutlich über der Grenze von 2.000 GVE liegen und Genossenschaftsbetriebe sind, sollten als eine Gruppe von einzelnen Kleinschlachtern betrachtet werden. Dies heißt, daß für diese Schlachthöfe in Zukunft nur die eingeschränkten Vorschriften für Schlachtbetriebe niedriger Kapazität gelten würden. Die Frischfleisch-Richtlinie in ihrer momentan gültigen Form verlangt von Betrieben über 1.000 GVE Schlachtkapazität eine erhebliche Ausstattung. Betriebe, die nur geringfügig über dieser Grenze lägen, seien dadurch zu baulichen Maßnahmen gezwungen, die oftmals in keinem Verhältnis zu der Schlachtmenge und den hygienischen Anforderungen stünden. In fast allen Mitgliedsländern sei deshalb eine große Anzahl von Schlachtbetrieben kleinerer Kapazität von der Schließung bedroht oder bereits geschlossen worden.

Die Richtlinie in ihrer ursprünglichen Form wirkt sich insgesamt negativ auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum aus. Die harte und unflexible Trennung zwischen kleinen und großen Schlachtstätten stellt vielfach eine existenzielle Bedrohung für die mittleren und kleinen Schlachter dar. Wenn es zur Schließung eines kleinen Schlachthofes kommt, bedeutet das für die Landwirte meist eine Senkung des Erzeugerpreises. Es würde so die Möglichkeit der direkten Vermarktung an den ortsansässigen Schlachter verschwinden. Die Konsequenz wäre, daß die Landwirte ihre Ware an die wenigen Großhändler vermarkten müßten, die aufgrund ihrer marktbeherrschenden Stellung die Preise beeinflussen könnten.

Eine Schließung von Schlachtbetrieben niedriger Kapazität zöge automatisch längere Transportwege nach sich. Längere Transportwege bewirken eine erhöhte Belastung der Umwelt. Forderung nach einer allgemeinen Reduzierung von Viehtransporten macht nur dann Sinn, wenn es auch in allen Regionen Schlachthöfe gibt.

Auf den regionalen Märkten, wo Landwirte und Schlachter in direktem Kontakt stehen, wird mehr auf die Qualität der Ware geachtet als bei Großvermarktern, die vorrangig am Umsatz von großen Mengen interessiert sind. Für die Verbraucher bedeutet deshalb eine Schließung kleiner Schlachtbetriebe meist auch den Verlust an Fleischqualität.

(-/7. November 1994/hgs/ks)
